

## **Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970, das Gebrauchsmustergesetz, das Markenschutzgesetz 1970, das Musterschutzgesetz 1990 und das Patentamtsgebührengesetz geändert werden**

### **Vereinfachte wirkungsorientierte Folgenabschätzung**

Einbringende Stelle: Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie  
Vorhabensart: Bundesgesetz  
Laufendes Finanzjahr: 2016  
Inkrafttreten/ 2017  
Wirksamwerden:

### **Vorblatt**

#### **Problemanalyse**

Dem Patentamt wurde mit der Patentgesetz-Novelle 1992, BGBl. Nr. 771, im Service- und Informationsbereich Rechtspersönlichkeit (Teilrechtsfähigkeit) zuerkannt, um diese Leistungen zu erbringen. Mit dem Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz 1970, das Patentverträge-Einführungsgesetz und das Gebrauchsmustergesetz geändert wurden, BGBl. I. Nr. 175/1998, wurden im neu formulierten § 57b die Leistungen, die das Patentamt im Rahmen seiner Teilrechtsfähigkeit erbringen kann, detailliert angeführt.

Der organisatorische Aufbau der Teilrechtsfähigkeit war schon in seinen Anfängen Gegenstand kritischer Betrachtung in der juristischen Literatur. In der Praxis haben sich durch die Konstruktion der Teilrechtsfähigkeit Compliance- und Steuerungs-Konflikte, Doppelgleisigkeiten und Mehrkosten ergeben. So mussten insbesondere auch Mitglieder des Patentamts aus dem Hoheitsbereich (wie etwa im Rahmen von Nebenbeschäftigungen) für die Tätigkeiten der Teilrechtsfähigkeit herangezogen werden, damit die Dienstleistungen der Teilrechtsfähigkeit überhaupt in fachlich qualifizierter Art erbracht werden konnten. In den letzten Jahren wurde das Fachpersonal in der Teilrechtsfähigkeit reduziert, andererseits wurden die Support-Dienstleistungen der Teilrechtsfähigkeit für den Hoheitsbereich (z.B. IT) ausgeweitet. Dies führte im Ergebnis zu einer ineffizienten Doppeladministration und Gegenverrechnung. Auch die Regelung, dass der Präsident des Patentamts gleichzeitig Geschäftsführer der Teilrechtsfähigkeit ist, führte – in Abwesenheit von Aufsichtsgremien - zu Compliance- und Governance-Defiziten, wie etwa umfangreiche Nebenbeschäftigungen von Hoheitsmitarbeitern im teilrechtsfähigen Bereich sowie ein großer Overheadanteil in der Teilrechtsfähigkeit.

Diese Entwicklung war Gegenstand wiederholter Kritik des Rechnungshofes, eine Zusammenführung des hoheitlichen und des teilrechtsfähigen Bereiches wurde angeregt.

#### **Ziel(e)**

Die durch die verstärkte Internationalisierung der Forschung, Entwicklung, Technologie und des Schutzes von geistigem Eigentum geänderten Rahmenbedingungen stellen neue Anforderungen an die nationalen Patentämter. Das Österreichische Patentamt soll in die Lage versetzt werden, seine den geänderten Rahmenbedingungen angepassten Aufgaben besser und effizienter zu erfüllen, um die österreichische Wissenschaft und Wirtschaft besser zu unterstützen und auch die Akzeptanz bei den Stakeholdern und Stakeholderinne zu erhöhen. Das für 2017 prognostizierte Inkrafttreten der Rechtsakte über einen einheitlichen Patentschutz und ein Einheitliches Patentgericht wird die Rahmenbedingungen im Innovationsbereich dahingehend verändern, dass der Informations- und Beratungsbedarf für österreichisches Unternehmen sowie Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen zusätzlich zur behördlichen Tätigkeit verstärkt Teil der Kerntätigkeit des Patentamtes wird. Um dieser Zielsetzung in effizienter und den Erwartungen der österreichischen Stakeholder entsprechender Weise gerecht werden zu können, soll die derzeit gegebene aufwändige und ineffiziente Doppeladministration durch Einstellung

der Teilrechtsfähigkeit beendet werden. Die im Bereich der Teilrechtsfähigkeit für die österreichische Wissenschaft und Wirtschaft erbrachten Dienstleistungen sollen zum integrierten Teil des Kerngeschäfts des Patentamtes werden. Durch die Bildung einer Rücklage sollen die notwendigen Investitionen in diesem Bereich ermöglicht und durch eine Zweckbindung der Einnahmen aus der Service- und Informationstätigkeit eine nachhaltige Weiterentwicklung im Interesse der Stakeholder und Stakeholderinnen sichergestellt werden.

### Inhalt

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich folgende Maßnahme(n):

Organisatorische Neuausrichtung des Patentamts durch Aufhebung der Bestimmungen über die Teilrechtsfähigkeit. Die Doppelkonstruktion wird beendet.

Jene Aufgaben des teilrechtsfähigen Bereiches, die von der österreichischen Wirtschaft stark nachgefragt wurden, werden künftig durch den Hoheitsbereich des Patentamts im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erfüllt. Das Personal, das ausschließlich im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit Arbeitnehmer der Teilrechtsfähigkeit war, hat die Möglichkeit in den Dienststand des Patentamts zu wechseln.

### Beitrag zu Wirkungsziel oder Maßnahme im Bundesvoranschlag

Das Vorhaben hat keinen direkten Beitrag zu einem Wirkungsziel.

### Finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und andere öffentliche Haushalte:

Es wird davon ausgegangen, dass 2016 ein Übergangsjahr ist, in dem der teilrechtsfähige Teil noch aktiv ist. Die Maßnahmen betreffend die Integration von Aufgaben und Personal des teilrechtsfähigen Bereichs in den Hoheitsbereich des Patentamts wird 2016 vorbereitet, aber finanziell noch nicht wirksam. Angenommen wird, dass mit 2017 die Auflösung des teilrechtsfähigen Bereichs voll wirksam wird.

Durch die Übertragung des Vermögens des teilrechtsfähigen Bereichs des Patentamts auf den Bund werden im Jahr 2017 einmalig erhöhte Einzahlungen anfallen, die einer zweckgebundenen Rücklage für den Ausbau der Service- und Informationsleistungen des Patentamts zugeführt werden. Durch die schwerpunktmäßige Verlagerung der Erbringung der Service- und Informationsleistungen von ausländischen Großkunden auf Kunden im Bereich der österreichischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sind infolge der Umstellung in den ersten Jahren zunächst geringere Erträge zu erwarten, die dann im Laufe der Zeit jedoch durch neue Service- und Informationsleistungen kompensiert werden sollten.

Die im Folgenden dargestellte Nettofinanzierung geht für 2016 vom Ist-Zustand aus, der für den Bund regelmäßige Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem teilrechtsfähigen Bereich von jährlich über 2 Mio. € vorsieht. Ab 2017 kommt es durch die Integration des Personals aus dem teilrechtsfähigen Bereichs zum Bund zu einer Erhöhung des Personalaufwands bei gleichzeitiger Verminderung des Sachaufwands. Zusammen mit der einmaligen Übertragung der Rücklage des teilrechtsfähigen an den Bund ergeben sich für diesen 2017 einmalig eine deutlich erhöhte Einzahlung, die auch Einzahlungsrückgänge durch die Verlagerung der Service- und Informationsleistungen auf größtenteils österreichische Kunden kompensiert. Längerfristig ist aufgrund des Ausbaus der Service- und Informationsleistungen für die nationalen Stakeholder und Stakeholderinnen von Budgetneutralität mit einer leicht positiven Tendenz auszugehen.

Finanzierungshaushalt für die ersten fünf Jahre

	in Tsd. €	2016	2017	2018	2019	2020
<b>Nettofinanzierung Bund</b>		<b>-2.289</b>	<b>4.057</b>	<b>-11</b>	<b>23</b>	<b>55</b>

**Anmerkungen zu sonstigen, nicht wesentlichen Auswirkungen:**

Neben der Erteilung von gewerblichen Schutzrechten bietet das Patentamt seit dem Jahr 1984 im Interesse der Wirtschaft auch Service- und Informationsleistungen an. Das gegenständliche Regelungsvorhaben ändert lediglich die damit im Zusammenhang stehenden Zuständigkeiten und Organisationsstrukturen nicht jedoch das Spektrum der möglichen Angebote, das durch § 57b Patentgesetz wie bereits bisher definiert bleibt.

**Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union**

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

**Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens**

Keine.

## Anhang mit detaillierten Darstellungen

### Detaillierte Darstellung der finanziellen Auswirkungen

#### Bedeckung

in Tsd. €		2016	2017	2018	2019	2020
Auszahlungen/ zu bedeckender Betrag		2.289	2.973	3.033	3.093	3.155

  

in Tsd. €	Betroffenes Detailbudget	Aus Detailbudget	2016	2017	2018	2019	2020
gem. BFRG/BFG	41.01.03 Österreichisches Patentamt			2.973	3.033	3.093	3.155
gem. BFRG/BFG	41.01.03 Österreichisches Patentamt		2.289				

#### Erläuterung der Bedeckung

Die Umsetzung der Integration des teilrechtsfähigen Bereichs des Patentamts in die Bundesverwaltung bewirkt durch die damit verbundene Übertragung des Vermögens zunächst einen Überschuss. In den Folgejahren werden durch die Neuausrichtung der Service- und Informationsleistungen auf die Bedürfnisse der österreichischen Stakeholder im Innovationsbereich nach anfänglichen Ertragseinbußen mittelfristig Einzahlungen erzielt, die den Saldo aus Mehrauszahlungen im Personalbereich der Hoheitsverwaltung und Minderauszahlung für Refundierungspersonal aus dem teilrechtsfähigen Bereich mittelfristig kompensieren. Diese Entwicklung wird bei der Erstellung des BFRG im DB 41.01.03 entsprechend berücksichtigt.

#### Laufende Auswirkungen

##### Personalaufwand

Maßnahme / Leistung	Körpersch.	Anzahl	Aufwand pro MA	2016	2017	2018	2019	2020
Personalaufwand (Durchschnittswert)	Bund	48	45.885,00		2.202.480			
		48	46.803,00			2.246.544		
		48	47.739,00				2.291.472	
		48	48.694,00					2.337.312
SUMME					2.202.480	2.246.544	2.291.472	2.337.312

	2016	2017	2018	2019	2020
<b>GESAMTSUMME</b>		2.202.480	2.246.544	2.291.472	2.337.312
	2016	2017	2018	2019	2020
<b>VBÄ GESAMT</b>		48	48	48	48

Der ausgewiesene Personalaufwand ergibt sich aus der Übernahme von 48 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern des teilrechtsfähigen Bereichs des Patentamts in den Bundesdienst (Hoheitsbereich des Patentamts). Damit ist ein Mehrbedarf von 48 Planstellen im Personalplan des Bundes (UG 41) verbunden. Die Kosten für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wurden bisher größtenteils vom Bund als Sachaufwand im Wege der Refundierung der Personalkosten des teilrechtsfähigen Bereichs zuzüglich eines Gewinnaufschlags getragen. Durch den Wegfall bisheriger Doppelstrukturen im Patentamt fallen weitere dadurch entstandene Kosten weg, sodass es mittelfristig zu keinen Mehraufwendungen des Bundes kommt.

Dem Personalaufwand wurden nicht die Normkosten für Bundesbedienstete, sondern die zu erwartenden echten Kosten zugrunde gelegt, da aufgrund zahlreicher befristeter Teilzeitbeschäftigungen und dem gegenüber dem Bundesdurchschnitt bedeutend niedrigerem Durchschnittsalter der Bediensteten tatsächlich eine deutliche Abweichung nach unten zu erwarten ist.

#### Arbeitsplatzbezogener betrieblicher Sachaufwand

	Körperschaft	2016	2017	2018	2019	2020
Arbeitsplatzbezogener betrieblicher Sachaufwand	Bund		770.868	786.290	802.015	818.059

Der Arbeitsplatzbezogene betriebliche Sachaufwand wurde mit 35% berechnet.

#### Sonstiger betrieblicher Sachaufwand

Bezeichnung	Körperschaft	Menge	Aufwand (€)	2016	2017	2018	2019	2020
Refundierungspersonal	Bund	1	1.614.000,00	1.614.000				
Arbeitsplatzbezogener betrieblicher Sachaufwand	Bund	1	450.000,00	450.000				
<b>GESAMTSUMME</b>				2.064.000				

Der sonstige betriebliche Sachaufwand besteht aus den vom Bund an den teilrechtsfähigen Bereich des Patentamts refundierten Personalkosten samt Gewinnzuschlag von 5% und den tatsächlich bereits vom Bund getragenen betrieblichen Sachaufwand für diese Bediensteten. Die tatsächlichen Kosten für letzteren liegen deutlich unter dem üblichen Satz von 35 %, da es durch die gemeinsame Unterbringung bereits bisher zu Synergieeffekten gekommen ist.

**Transferaufwand**

Bezeichnung	Körperschaft	Anz. d. Empf.	Höhe des Transferaufw. (€)	2016	2017	2018	2019	2020
Zahlungen für Ähnlichkeitsrecherchen	Bund	1	225.000,00	225.000				
<b>GESAMTSUMME</b>				225.000				

Gemäß § 21 Markenschutzgesetz werden die verpflichtenden Markenähnlichkeitsrecherchen im Rahmen des behördlichen Markenmeldeverfahrens bisher im Rahmen der Teilrechtsfähigkeit erbracht und die diesbezüglichen Kosten vom Bund ersetzt. Durch Integration des teilrechtsfähigen Bereichs fallen diese Auszahlungen künftig weg.

**Erträge aus der op. Verwaltungstätigkeit und Transfers**

Bezeichnung	Körperschaft	Menge	Ertrag (€)	2016	2017	2018	2019	2020
Erträge Service- und Informationsleistungen	Bund	1	600.000,00		600.000			
		1	650.000,00			650.000		
		1	700.000,00				700.000	
		1	750.000,00					750.000
<b>SUMME</b>				600.000	650.000	700.000	750.000	
Refundierung	Bund	1	1.646.000,00	1.646.000				
		1	1.679.000,00		1.679.000			
		1	1.713.000,00			1.713.000		
		1	1.747.000,00				1.747.000	
<b>SUMME</b>				1.646.000	1.679.000	1.713.000	1.747.000	
Arbeitsplatzbezogener betrieblicher Sachaufwand	Bund	1	459.000,00	459.000				
		1	468.000,00		468.000			
		1	478.000,00			478.000		
		1	488.000,00				488.000	
<b>SUMME</b>				459.000	468.000	478.000	488.000	
Zahlungen für	Bund	1	225.000,00	225.000	225.000	225.000	225.000	

Ähnlichkeitsrecherchen

Rücklage	Bund	1	4.000.000,00	4.000.000		
Barvermögen	Bund	1	100.000,00	100.000		
<b>GESAMTSUMME</b>				<b>7.030.000</b>	<b>3.022.000</b>	<b>3.116.000</b> <b>3.210.000</b>

Durch das Inkrafttreten der organisatorischen Neuregelung im Jahr 2017 entstehen zunächst einmalige Einzahlungen in der Höhe der Übertragung des Anlagevermögens des teilrechtsfähigen Bereichs an den Bund in Höhe von derzeit 4.100.000 Euro (ausgehend von der letzten verfügbaren Bilanz des teilrechtsfähigen Bereichs zum 31.12.2014). Der tatsächliche Betrag ist insofern unsicher, als etwa die Kosten für die allfällige Auflösung von Dienstverhältnissen von Arbeitnehmern die nicht in den Bundesdienst wechseln, nicht abgeschätzt werden kann. Zudem besteht für den teilrechtsfähigen Bereich des Patentamts angesichts anhängiger Abgabenverfahren das Risiko einer Umsatzsteuernachzahlung für die dem Bund seit 2009 stets netto verrechneten Kosten für das refundierte Personal. Der Ausgang dieser Verfahren ist freilich für den Bund kostenneutral, da einer Verminderung der Einzahlungen in die aus dem teilrechtsfähigen Vermögen zu dotierende Rücklage des Bundes Umsatzsteuermehreinzahlungen in gleicher Höhe gegenüberstehen würden. Dem gegenüber steht laut Bilanz zum 31.12.2014 ein Umlaufvermögen in Form offener bzw. absehbarer Forderungen gegenüber Kunden in Höhe von ca. 2.000.000 Euro.

Der Personalaufwand des Bundes einschließlich arbeitsplatzbezogener betrieblicher Sachaufwand steigt durch die Übernahme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des teilrechtsfähigen Bereichs des Patentamts in den Bund um ca. 3 Mio. Euro jährlich. Demgegenüber kommt es zu Einsparungen im Sachaufwand durch den Wegfall von Auszahlungen für Refundierung der Kosten eines Großteils des Personals des teilrechtsfähigen Bereichs des Patentamts.

Der Wegfall von bisherigen Einnahmen des teilrechtsfähigen Bereichs aus Geschäften mit ausländischen Großkunden führt zunächst zu einem Rückgang der Einzahlungen, die nunmehr im Bundesbereich angefallen wären. Die Fokussierung der Erbringung von Service- und Informationsleistungen auf Kunden im Bereich der österreichischen Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sollte nach geringeren Erträgen in den ersten Jahren der Neuorganisation ab etwa 2020 wieder kompensiert werden können, und zwar durch organisations- und strukturverbessernde Effizienzsteigerungen sowie durch neue Service- und Informationsleistungen. Die für die Neuausrichtung dieser Leistungen erforderlichen Investitionen können aus dem einer Rücklage des Bundes zugeführten Vermögen des teilrechtsfähigen Bereichs finanziert werden, die zweckgebunden zu verwenden ist.

Diese Folgenabschätzung wurde mit der Version 3.9 des WFA – Tools erstellt.